



Regierungsratsbeschluss vom 26. März 2024

Bundeskanzlei BK; Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und der Verordnung über die politischen Rechte; Vernehmlassung

P231815

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Bundeskanzlei.

Begründung

Mit Schreiben vom 15. Dezember 2023 eröffnete die Bundeskanzlei ein Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen, den politischen Parteien sowie bei weiteren interessierten Kreisen zu Anpassungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und der Verordnung über die politischen Rechte. Der Regierungsrat steht der Vorlage grundsätzlich positiv gegenüber und nimmt zu einzelnen Punkten Stellung.

